

W. Henrichs
Rechtsanwalt
Hilden
Schulstraße 25 - Telefon: 495
Postcheck-Konto 177 53 Essen

eingegangen am 12. 9 49 10. September 1949
Landesbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts

An das Schwurgericht,
Wuppertal.

In der Strafsache
gegen Baacke u.A.
5 Ks 1/48

begründe ich die namens des
Angeklagten Heinrich Thiele
eingelegte Revision gegen das Urteil des
Schwurgerichts Wuppertal vom 4. Juli 1949 wie folgt:

Es wird beantragt,

das Urteil des Schwurgerichts Wuppertal
vom 4. Juli 1949 nebst den ihm zugrunde liegenden
Feststellungen aufzuheben und die Sache zur
erneuten Verhandlung an das Schwurgericht
Wuppertal zurückzuverweisen.

Gründe:

- I. In prozessualer Hinsicht wird Verletzung des § 257 StPO
gerügt: Das Urteil erscheint hinsichtlich des Angeklagten
Thiele in mehreren Punkten nicht begründet. Bezüglich des
Falls Frauenhoff
gilt das zunächst hinsichtlich der Verurteilung wegen
Nötigung. Auf den Seiten 44 - 46 des Urteils ist die Mit-
wirkung des Angeklagten Thiele in dem Fall Frauenhoff, wie
sie das Schwurgericht für festgestellt ansieht, dargestellt.
Darnach hat Thiele gegen Frauenhoff einen Aschenbecher gewor-
fen, ohne ihn zu treffen, und ihn dann "im Vorbeigehen" mit
der Hand ins Gesicht geschlagen. Dagegen ist nicht festge-
stellt, dass bei dem späteren Diktat des Protokolls, worin
Frauenhoff sich selbst als Antifaschist und Schädling be-

114

zeichnete und sich ausserdem wegen der gegenüber "den Angeklagten Thiele und Burbach" gemachten Aeusserungen entschuldigte -gegen Burbach hatte Frauenhoff überhaupt keine Aeusserungen gemacht, sondern gegen Buchbinder- Thiele überhaupt zugegen war, oder in welcher Weise er denn dabei mitgewirkt hätte. Schon die Wendung des Urteils, dass Thiele dem Frauenhoff den Schlag "im Vorbeigehen" gegeben habe, weist ja darauf hin, dass Thiele sich aus dem Raum entfernt hat, und in dieselbe Richtung weist die auf S.46 des Urteils wiedergegebene Aussage des Angeklagten Kroh, dass Thiele und Buchbinder sich aus dem Raum wieder entfernt hätten. Das Urteil hat also nicht begründet, wieso bei Thiele eine Nötigung gegenüber Frauenhoff vorliegen soll. Die Begründung spricht sich nur darüber aus, dass überhaupt Frauenhoff genötigt worden ist. Wer es aber getan hat, insbesondere ob und wie der Angeklagte Thiele das getan hätte, erörtert das Urteil nicht. Das ist ein Verstoß gegen § 267 StPO.

Ein zweiter wesentlicher Mangel der Begründung in diesem Punkt liegt in dem vollkommenen Übergehen der Aussage des Zeugen Buchbinder. Dass der Zeuge Buchbinder vernommen ist, ergibt sich ja in gewissem Sinne aus seiner Erwähnung auf S.46. Abgesehen davon, dass der "Zeuge Buchbinder" erwähnt ist, wird aber nichts gesagt, was er nun ausgesagt hat, wie seine Aussage zu würdigen wäre oder dergleichen. Dabei hat der Zeuge Buchbinder eine sehr wesentliche Aussage gemacht, die sich auch mit seiner früheren Aussage bei der Vernehmung durch Polizei und Staatsanwalt, wie sie sich in den Akten befindet, deckt; er hat nämlich gesagt, dass die Sache Frauenhoff ganz seine Sache gewesen wäre; er habe Frauenhoff bestellt und er habe ihm dann auch wegen der Beleidigungen gegen ihn und Thiele -Meineidsbauer und Zuchthäusler- einige Ohrfeigen gegeben; Thiele habe aber mit dieser Sache nichts zu tun und auch nichts davon gewusst. Diese Aussage des Zeugen Buchbinder ist umso bemerkenswerter, als sie, wie ausgeführt, von ihm nicht nur jetzt im Verfahren gemacht wurde, wo man vielleicht sagen könnte, dass

es

es ihm, nachdem er in einer anderen Sache zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt sei, nicht mehr viel ausmache, nun diese Sache Frauenhoff auf sich zu nehmen, sondern er sei vorher, als er noch nicht verurteilt war und als Thiele überhaupt noch nicht in Hilden war und für tot galt, jedenfalls als vermisst, genau so gemacht hat. Das Urteil hätte sich mit dieser Aussage Buchbinder auseinandersetzen müssen, und es hätte erörtern müssen, weshalb es ihr, wie es ja offenbar geschehen ist, keinen Glauben beigemessen hat, dass die Aussage des Zeugen Buchbinder nicht einmal erwähnt ist - es ist ja nur erwähnt, dass überhaupt ein Zeuge Buchbinder in der Sache vorgekommen ist -, erscheint als Mangel der Begründung.

Das Gleiche gilt von der Würdigung der gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen Frauenhoff sprechenden Umstände. Gegen die Glaubwürdigkeit von Frauenhoff waren u.a. drei Tatsachen vorgebracht worden, die von dem Urteil auf den Seiten 46 - 47 behandelt sind, nämlich

- a) dass Frauenhoff entgegen seiner Behauptung Lederwaren an Thiele und SA-Leute verkauft habe,
- b) dass seine Behauptung, Thiele habe ihn und seine Mutter bei den Verhandlungen über den Ankauf des Hauses der Familie Frauenhoff durch die Stadt Hilden unter Druck gesetzt, nicht richtig sei, und
- c) dass Frauenhoff zu Unrecht bestritten habe, dass der Angeklagte Thiele sich die ganzen Jahre, während er Ortsgruppenleiter in Hilden gewesen sei, also praktisch bis zum Ende der Zeit des Nationalsozialismus immer freundlich zu Frauenhoff verhalten habe, bei ihm gekauft habe, im Geschäftslokal gewesen sei und dergleichen.

Das Urteil nimmt zwar an, dass tatsächlich in diesen Punkten der Zeuge Frauenhoff unrichtige Aussagen gemacht hat, stellt aber trotzdem seine Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Misshandlung durch Thiele fest, weil es sich in den falschen Punkten nur um "unrichtige Wiedergabe nebensächlicher Einzel-

heiten" (Seite 47 des Urteils) handele. Diese Auffassung der unrichtigen Aussagen von Frauenhoff als nebensächlicher Kleinigkeiten verkennt in so starker Weise die wirkliche Bedeutung dieser Unrichtigkeiten, dass ein so offensichtlicher Widerspruch auch als Mangel der Begründung und deshalb prozessualer Verstoss gegen § 267 StPO angesehen werden muss. Frauenhoff war ja, wie das Urteil feststellt, Mitglieder des Stahlhelms gewesen und hörte damit zur Harzburger Front. Er war aber aus persönlichen Gründen gegen den damaligen Ortsgruppenleiter Thiele und den SA-Sturmführer Buchbinder eingestellt und war dann wegen beleidigender Ausführungen, die er gegen diese beiden gemacht hatte, misshandelt worden. Dass Frauenhoff geschlagen worden ist, steht ja fest. Die Frage ist lediglich, ob Thiele das getan hat. Nun bezeichnete Frauenhoff sich nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft als ein Opfer des Nationalsozialismus und politisch Verfolgter, und hatte auch ein Interesse daran, seinen Fall, von dem jetzt das Schwurgericht feststellt, dass er auf persönlichen Differenzen beruhte, als eine ausgesprochene politische Verfolgung hinzustellen. Dazu paßte es am besten, wenn er vom Ortsgruppenleiter Thiele geschlagen worden war, und es wäre in diesem Sinne eine geringere Stütze für die Anerkennung der politischen Verfolgung gewesen, wenn er "nur" von einigen SA-Leuten verhaßt worden wäre. Und in diesem Sinne brachte der Angeklagte Thiele nun Beispiele, in denen der Zeuge Frauenhoff in gleicher Weise, wie er es nach Behauptung des Angeklagten Thiele bezüglich der Mißhandlung tat, auch in anderen Punkten eine politische Verfolgung durch ihn zu Unrecht behauptet habe. Der Hauptfall war die Sache mit dem Haus. Die Familie Frauenhoff hat in der Nazi-Zeit ihr Haus, das das Älteste noch in Hilden stehende Haus ist und historische Bedeutung hat, an die Stadt Hilden verkauft. Nach dem Zusammenbruch hat der Zeuge Frauenhoff mit Erfolg die Rückgängigmachung dieses Kaufvertrages betrieben und ist jetzt wieder Eigentümer dieses Hauses. Gerade für diesen

Rückwerb des Hauses war einmal die Frage, ob er politisch Verfolgter sei, von besonderer Bedeutung. Er hat nun behauptet, das Haus sei ihm bzw. seiner Familie durch politischen Druck des Ortsgruppenleiters abgenommen worden. Im Prozess ist ganz klar bewiesen worden, dass der Angeklagte Thiele keinen Druck auf Frauenhoff in dieser Richtung ausgeübt hat, dass er im Gegenteil mit dem Ankauf des Hauses durch die Stadt Hilden zunächst gar nicht einverstanden war, weil er das historisch und kulturell begründete Interesse an dem Erwerb dieses Hauses durch die Stadt nicht teilte und die Sache für eine unnütze Ausgabe hielt, gewissermaßen für die überflüssige Idee einiger Heimatforscher und Lehrer. Erst allmählich hat er sich durch die Vorstellungen des damaligen Bürgermeisters und des damaligen Kulturbeauftragten der Stadt dazu bewegen lassen, wenigstens als Ratsherr und Ortsgruppenleiter nicht gegen diesen Ankauf zu sein. Man kann doch nun nicht sagen, dass es eine nebensächliche Einzelheit sei, die für die Würdigung der Aussage des Zeugen Frauenhoff hinsichtlich der Misshandlung keine Bedeutung habe, wenn der Angeklagte Thiele dem Zeugen Frauenhoff nachweisen konnte, dass in einem anderen sehr bedeutsamen Fall, nämlich dem Verkauf des Hauses, die Beschuldigung des Zeugen Frauenhoff gegen ihn, er habe ihn politisch unter Druck gesetzt und ihn in der Beziehung politisch verfolgt, völlig unwahr ist. - Und Ähnliches gilt auch von dem freundlichen Verhalten des Angeklagten Thiele zu dem Zeugen Frauenhoff während all der Jahre hindurch. Der Angeklagte Thiele weist nicht zu Unrecht darauf hin, dass es ein merkwürdiger Widerspruch wäre, wenn er die ganzen Jahre sich gegenüber Frauenhoff freundlich verhalten, ~~bei~~ ihm gekauft und dergleichen hätte, wenn er ihn zu Anfang dieser Zeit so misshandelt hätte, wie der Zeuge Frauenhoff das behauptet. Und auch die Verkäufe von Lederwaren an die SA stellen, wenn sie auch von geringerer Bedeutung sind, als vor allem die Sache mit dem Verkauf des Hauses, nicht eine nebensächliche Einzelheit dar. Der Zeuge Frauenhoff hatte ganz von sich aus besonders hervorgehoben, dass er sich von der SA vollkommen distanziert habe. Das

sollte eben auch in ein besonderes Licht stellen, dass er politischer Gegner gewesen sei. Demgegenüber wurde nun festgestellt, dass die SA-Leute selbst das aber gar nicht bemerkt hätten, sondern es es ganz allgemein üblich gewesen wäre, dass von der SA ja vielfach benötigte Lederzeug bei den Zeugen Frauenhoff zu kaufen. Auch bei diesem Punkt liegt also die Bedeutung darin, dass von dem Zeugen Frauenhoff ein politischer Gegensatz behauptet und auch besonders herausgestellt wurde, der sich in der von ihm behaupteten Art nicht als richtig erwies. Insgesamt haben die von dem Zeugen Frauenhoff nachgewiesenen Unrichtigkeiten alle den gleichen Sinn: dass sie nämlich zeigen, dass er in mehreren Punkten politische Gegensätze und politisches Verfolgtsein behauptet und dass deshalb auch anzunehmen ist, dass er die ihm als Folge seiner beleidigenden Äusserungen zugefügten Mishandlungen in dem Sinn politisch überhöhen möchte, als er dabei den früheren Ortsgruppenleiter als den Haupttäter hinstellt. Wenn, wie es geschehen ist, das Urteil diese nachgewiesenen falschen Behauptungen als nebensächliche Einzelheiten charakterisiert, so erscheint das im dargelegten Sinne als Mangel der Begründung.

Das Gleiche gilt bezüglich der auf S. 50 des Urteils gegebenen Begründung dafür, dass hier, obwohl kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit angenommen wird, doch noch ein Bedürfnis nach Sühne bestehe und dass die Tat bis zum 8. Mai 1945 aus politischen Gründen nicht bestraft worden sei. Vor allem dieser letztere Punkt, der eine Voraussetzung dafür ist, den Angeklagten Thiele wegen dieser Sache jetzt noch zu bestrafen, ist nicht näher begründet. Es heisst zwar, dass Frauenhoff von Hannover aus mehrmals vergeblich versucht habe, gegen den Angeklagten Thiele und den Zeugen Buchbinder ein Strafverfahren einzuleiten. Abgesehen davon, dass diese Feststellung lediglich auf einer kurzen Bemerkung des Zeugen Frauenhoff beruht und dass in keiner Weise näher festgestellt ist, in welcher Weise nun Frauenhoff diese angeblichen Versuche gemacht hat - ob er eine Anzeige

gemacht hat, in welcher Form und an welcher Stelle-, ist vor allem mit keinem Wort festgestellt, dass man die angeblichen Versuche des Frauenhoff, gegen Thiele ein Strafverfahren in Gang zu bringen, aus politischen Gründen erfolglos gewesen seien. Das ist auch gar nicht etwa selbstverständlich. Wenn es sich etwa bei Frauenhoff um einen Angehörigen der links gerichteten Parteien gehandelt hätte, könnte man vielleicht sagen, dass er es von vornherein gar nicht hätte wagen können, irgend etwas gegen Thiele zu unternehmen. So lag die Sache für Frauenhoff aber doch gar nicht, und er hat ja auch nach seiner eigenen Behauptung versucht, gegen Thiele vorzugehen. Wenn das aber festgestellt wird, dann müsste auch näher festgestellt werden, wie so denn dieser Versuch aus politischen Gründen gescheitert wäre. Insofern wird auch gerügt, dass in der Unterlassung der Aufklärung dieses Punktes ein Verstoß gegen die Aufklärungspflicht des § 245 StPO liegt. Das Schwurgericht hätte sich umso mehr veranlaßt sehen müssen, diesen Punkt aufzuklären, als es ja in dem Fall des Streits von Thiele mit Burbach selbst festgestellt hat, dass in diesem Fall nicht nur ein Strafverfahren gegen Thiele damals durch geführt worden ist, sondern dass Thiele auch wegen dieses seines Vorgehens gegen Burbach zu Gefängnis verurteilt worden ist. Er ist in Verfolg dieser Sache auch vorübergehend aus seinem Amt als Ortsgruppenleiter ausgeschieden. Die Sache Thiele./Burbach ist im Urteil auf den Seiten 41 und 42 dargestellt, und zwar dahin, dass Burbach in dem gegen Thiele eingeleiteten Strafverfahren als Nebenkläger zugelassen war und dass Thiele zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Diese Sache zeigt doch klar, dass es gar nicht ohne weiteres aus politischen Gründen unmöglich war, gegen Thiele ein Strafverfahren durchzuführen. Frauenhoff hätte, wenn seine Beschuldigungen Hand und Fuß hatten, genau so wie Burbach gegen Thiele vorgehen können. Es hätte also sowohl aufgeklärt wie im

Urteil

115

Urteil dargelegt werden müssen, wieso aus politischen Gründen damals eine Strafverfolgung Thiele's wegen der Sache Frauenhoff nicht möglich gewesen wäre. Die Strafverfolgung kann genau so gut deshalb keinen Erfolg gehabt haben, wenn Frauenhoff sich darum bemüht hat, weil sein Beweismaterial nicht ausreichend war oder weil sein Vorbringen speziell gegen Thiele nicht glaubhaft erschien.

Schließlich erscheint es im Fall Frauenhoff auch ein Mangel der Begründung im Sinne des Verstoßes gegen § 267 StPO, dass das Urteil auf S. 47 die Behauptung des Angeklagten Thiele, Frauenhoff habe den Zeugen Müller aufgefordert, eine falsche Aussage zu machen, -dass er nämlich sagen solle, er wäre (von Thiele) misshandelt worden, obwohl er nicht mißhandelt worden war und dies Frauenhoff auch bekannt war-, dahin würdigt, dass Frauenhoff ^{damit} ~~wegen dem~~ Zeugen Müller nur habe auf die Probe stellen wollen. Das ist eine völlig unbegründete Annahme. Man muss sich vorstellen: dem einzigen und entscheidenden Belastungszeugen wird nachgewiesen (es ist ja als wahr unterstellt), dass er einen anderen Zeugen zu einer falschen Aussage hat verleiten wollen, und zwar sollte es sich um eine falsche Aussage handeln, die ~~für~~ eine genaue Parallele zu seiner eigenen Behauptung bezüglich der Misshandlung bilden sollte: Frauenhoff will von Thiele misshandelt worden sein. Diese Aussage wurde von dem Angeklagten Thiele lebhaft bekämpft, und es wurden auch sehr schwerwiegende Beweise dafür erbracht, dass der Zeuge Frauenhoff in anderen Fällen angeblicher politischer Verfolgung, vor allem bezüglich des Hausverkaufs, falsche Behauptungen aufgestellt hatte, und zwar jetzt im Prozess bei seiner Aussage. Denn er hat diese Dinge von dem politischen Druck bei dem Verkauf des Hauses, von dem Nichtverkehren mit Thiele und von dem Nichtverkauf von Lederwaren an die SA, jetzt bei seiner Aussage gesagt. Und nun versucht er, noch einen Zeugen dazu zu bringen, dass er fälschlich und ~~der ihm bewußten~~ Wahrheit zuwider auch behaupten soll, er wäre von Thiele

misshandelt worden. Eine solche als wahr unterstellte Behauptung kann man nicht damit als bedeutungslos abtun, dass gesagt wird, Frauenhoff könne mit dieser Aufforderung zu einer falschen Aussage den betreffenden Zeugen nur als die Probe habe stellen wollen. Man muss ja bedenken; dass diese Erklärung, die das Urteil annimmt, nicht etwa von Frauenhoff selbst gesagt worden ist. Sie ist auch sonst nicht von irgend einer Seite vorgebracht worden. Sie beruht rein auf einer Annahme des Gerichts. Welcher Grund sollte denn für den Zeugen Frauenhoff gegeben gewesen sein, den Zeugen Müller in irgend einer Weise auf die Probe zu stellen. Etwas derartiges könnte man sich etwa denken, wenn ein Angeklagter durch einen Zeugen belastet worden ist und diesem dann etwa vorschlägt, eine falsche Aussage zu machen, um in dem Fall, wenn er darauf eingeht, dem Gericht mitzuteilen, dass der betreffende Zeuge sich bereit erklärt habe, eine falsche Aussage zu machen und dass man deshalb diesem Zeugen nicht glauben könne und deshalb auch die gemachten Aussagen nicht glaubhaft seien. Auch in einem solchen Fall ist ein derartiges Vorgehen noch immer eine etwas merkwürdige und zweifelhafte Angelegenheit. Aber immerhin wäre es dann erklärbar und wenigstens motiviert, wieso der betreffende Angeklagte einem Zeugen eine falsche Aussage vorgeschlagen hätte. Irgend ein solcher Zusammenhang ist doch hier im Verhältnis zwischen dem Zeugen Frauenhoff und dem Zeugen Müller in keine Weise gegeben. Hier liegt doch nichts anderes vor, als dass eben ein Zeuge, dessen Aussage bezweifelt wird und der sich bemüht, seine Aussage, an deren Anerkennung er zur Wahrung seines Charakters als politisch Verfolgter besonders interessiert ist, ^{Glaubhaft zu machen} einen anderen veranlaßt hat, als Zeuge der Wahrheit zuwider eine seiner eigenen Behauptung entsprechende und parallele Behauptung aufzustellen, - nämlich er sei auch von Thiele misshandelt worden. Wenn die geradezu zwingende Konsequenz, dass ein solches Vorgehen eines Zeugen gegen seine Glaubwürdigkeit spricht, einfach dadurch umgangen wird, dass das Gericht, ohne auch nur einen Anhaltspunkt

für eine solche Aussage zu haben und ohne dass der betreffende Zeuge sein gegen ihn sprechendes Vorgehen auch nur selbst so erklärt hätte, sagt, dass dieses Verleitenwollen zu einer falschen Aussage nur den Zweck gehabt haben könne, den anderen Zeugen auf die Probe zu stellen, so ist das ein so offensichtlicher Widerspruch und Denkfehler in der Begründung, dass es auch ein Mangel im Sinn des § 267 StPO ist.

Bezüglich des Falles A m e n d

Seite 61-64 des Urteils, wird hinsichtlich des Angeklagten Thiele Verletzung des § 266 des Strafgesetzbuches gerügt. Der Angeklagte Thiele war wegen dieses Falles nicht angeklagt, obschon Amend schon im Vorverfahren vernommen worden ist und er nachher in der Hauptverhandlung gegen Thiele nichts mehr und nichts weniger vorgebracht hat als bei seiner Vernehmung im Ermittlungsverfahren. Es war dann während der Verhandlung nicht ersichtlich, dass dieser Fall in die Anklage einbezogen werden sollte. Das trat erst im Plädoyer des Staatsanwalts hervor. Ein Beschluss des Gerichts über die Einbeziehung dieser Sache in das Verfahren ist nicht erfolgt.

Ferner wird es als Verstoß gegen § 267 StPO gerügt, dass nicht begründet ist, wieso die bloße Bemerkung des Angeklagten Thiele, Amend solle alles zugeben, sonst wisse er ja, was mit ihm geschehe, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein soll. Bei der Darstellung des Falles Amend auf den Seiten 61/6 des Urteils ist zunächst festgestellt, dass der Angeklagte Thiele diese Bemerkung zu Beginn der Vernehmung des Amend gemacht hat und auf Seite 142 ist hervorgehoben, dass nicht festgestellt sei, dass Thiele bei der "eigentlichen Misshandlung" zugegen gewesen sei. Es ist auch nicht festgestellt, dass Thiele irgend etwas mit der Vernehmung zu tun gehabt hat. Nach der Aussage Amend ist Thiele ~~im Vernehmungssaal~~ einmal rein zufällig in den Vernehmungsraum hineingekommen und hat dann die Bemerkung gemacht, die übrigens Amend in der Hauptverhandlung anders wiedergegeben hat, wenn auch etwa im gleichen Sinne wie

im

117

im Ermittlungsverfahren. Es ist aber nicht ersichtlich, zum mindesten keine zwingende Schlußfolgerung, dass sich aus einer solchen Bemerkung ergäbe, dass der Angeklagte Thiele die spätere Misshandlung vorausgesehen und sie gebilligt hätte. Er kann genau so gut damit gemeint haben, dass der zu Vernehmende im Falle des Leugnens verhaftet werden würde, oder dass ihm überhaupt ein Bestreiten in einem gerichtlichen Verfahren nachteilig sein würde, so wie etwa ein Richter zu einem Angeklagten sagen könnte, dass es ihm nur Nachteile bringe, wenn er die Tat nicht zugebe.

Auch bei der

Strafzumessung für den Angeklagten Thiele -Seite 159 des Urteils- entspricht die Begründung nicht dem Sinn des § 267 StPO. Es ist nicht ausgeführt, wieso es ein Grund zur Strafschärfung sein soll, dass der Angeklagte Thiele Ortsgruppenleiter der NSDAP war. In dieser Beziehung ist doch nicht etwa irgend ein Zusammenhang ohne nähere Begründung ersichtlich, wie etwa in dem Fall, dass ein Urteil sagen würde, dass jemand, der wegen ruhestörenden nächtlichen Lärmes verurteilt ist, deshalb etwa schwerer bestraft worden wäre, weil er Polizeibeamter war, oder wenn etwa bei einer Verurteilung wegen einer Bestechung als strafschärfend hervor gehoben würde, dass der Täter Vorsitzender eines Vereins gegen des Bestechungsunwesen wäre. In solchen Fällen brauchte nicht näher dargelegt zu werden, weshalb denn diese Eigenschaften des Täters strafverschärfend wirkten. Auch ist nicht verständlich, wieso als Strafschärfungsgrund angeführt wird, dass der Angeklagte "sich die Terrormethoden des Nationalsozialismus zu eigen gemacht und sich kein Gewissen daraus gemacht hat, die politischen Gegner der Partei mit allen Mitteln zu unterdrücken". Das ganze Verhalten des Angeklagten Thiele in der hier fraglichen Beziehung war sehr gut übersehbar, denn er war in einer kleineren Stadt die ganzen Jahre der Nazi-Zeit mit geringer zeitlicher Unterbrechung Ortsgruppenleiter und auch durch seine sonstige Stellung -ein seit langer Zeit in der Stadt ansässiger Bauer und

Unternehmer einer Lohndrescherei-, sowie auch seiner kräftigen und auch rein äußerlich auffallenden Persönlichkeit wegen sehr bekannt. Nun ist also festgestellt, dass er in den ganzen Jahren, und zwar gerade in den Anfangszeiten nach der Machtergreifung, Frühsommer 1933, einmal einem Angehörigen der Harzburger Front, der ihn persönlich beleidigt hatte, einen Aschenbecher nachgeworfen hat, ohne ihn zu treffen, und einmal im Vorbeigehen ihm einen Schlag mit der Hand ins Gesicht gegeben hat, und ein andermal in der gleichen Zeit hat er, als er zufällig in ein Vernehmungszimmer kam, zu dem Vernommenen nach den Feststellungen des Urteils gesagt, er solle nur alles zugeben, sonst wisse er, was ihm passiere. - Andererseits hat der Angeklagte Thiele in einer ganzen Reihe von Fällen nachweisen können, dass er Verhafteten geholfen hat, sie aus dem Konzentrationslager herausgeholt hat, für eine möglichst gelinde Strafe gesorgt hat, soweit er es konnte, und dergleichen. Wenn nun als strafscharfend in einem solchen Fall erwogen wird, dass er sich Terror-Methoden des Nationalsozialismus zu eigen gemacht und sich kein Gewissen daraus gemacht hätte, die politischen Gegner der Partei mit allen Mitteln zu unterdrücken, so müssten mit diesen Feststellungen doch irgendwelche anderen Umstände gemeint sein als diejenigen Taten, wegen deren er nun bestraft worden ist, nämlich das vergebliche Werfen mit dem Aschenbecher sowie der Schlag gegen Frauenhoff sowie die Bemerkung gegen Amend. Die gleichen Tatsachen, die schon die Bestrafung herbeiführen, können nicht noch einmal strafverschärfend verwandt werden. Und ausserhalb der genannten Tatsachen ist nicht das Geringste ersichtlich, wieso der Angeklagte sich Terror-Methoden des Nationalsozialismus zu eigen gemacht oder sich kein Gewissen daraus gemacht hatte, die politischen Gegner der Partei mit allen Mitteln zu unterdrücken. Es hätte also irgendwie gesagt werden müssen wieso solche Umstände neben den Taten irgendwie festgestellt worden wären.

1100

II. In materiellrechtlicher Beziehung wird um Nachprüfung im vollen Umfang gebeten. Was vorstehend prozessual als Mangel der Begründung dargestellt ist, bildet vielfach in materiell-rechtlicher Beziehung einen Verstoß gegen die Denkgesetze. Insbesondere wird auch um Nachprüfung gebeten, ob tatsächlich in dem Fall Frauenhoff jetzt noch ein Bedürfnis nach Sühne gegeben ist.

Es handelt sich ja um einen Vorfall aus der Anfangszeit nach der Machtergreifung. Frauenhoff hatte Thiele durch den Ausdruck "Meineidsbauer" schwer beleidigt. Thiele hat dann in der Folgezeit Frauenhoff -die ganzen Jahre hindurch- nicht nur keine Schwierigkeiten gemacht, sondern ihn gefördert, indem er ihn freundlich behandelte, bei ihm kaufte und dergleichen. Bei der sehr einflussreichen und deshalb in der Stadt Hildén ganz führenden Stellung, die der Angeklagte Thiele als langjähriger Ortsgruppenleiter hatte, war es schon eine Förderung, wenn jemand sich offensichtlich der Gunst des Ortsgruppenleiters erfreute. Bei einem solch persönlichen Streit aus dem Jahre 1933, der praktisch längst vergessen und in jeder Beziehung ausgestanden war und erst wieder aus der Versenkung herausgeholt wurde, als der Zeuge Frauenhoff im Jahre 1945, als er auch den Wiedererwerb seines Hauses betrieb, Belege für seine behauptete politische Verfolgtheit suchte, - besteht jetzt nach rund 16 Jahren kein Bedürfnis nach Sühne mehr in dem Sinne, dass deswegen die Verjährung unbeachtet bleiben müßte.

Auch die Erwägungen über das Strafmaß erscheinen in besonderer Weise der Nachprüfung bedürftig. Im Fall Amend erscheint auch besonders der Nachprüfung bedürftig, ob tatsächlich in dieser blossen Bemerkung des Angeklagten Thiele zu Amend, und mehr ist ja nicht festgestellt, insbesondere keine Anwesenheit bei den Misshandlungen und auch keine Kenntnis davon, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit liegt. Der Angeklagte Thiele hat doch eben nicht Leute aus politischen Gründen misshandelt, und das ist umso bemerkenswerter, als er,

161

er, wie das Urteil richtig feststellt, an sich ein Mann war, der sowohl nach seiner körperlichen äußerst kräftigen Konstitution, wie auch nach seiner gesamten Einstellung sich nichts daraus machte, mit irgend jemanden ins Handgemenge zu kommen. Aber das waren dann immer persönliche Streitigkeiten; so war es in dem erwähnten Fall Burbach, der ja durchaus mit zum Kreise des Ortsgruppenleiters und der Partei gehörte, wo also keine politische Gegnerschaft bestand, und so war es auch in dem Fall Frauenhoff, nach den Feststellungen des Urteils. Wenn nun ein solcher Mann sich wirklich absolut nicht an irgendwelche Misshandlungen politischer Gegner beteiligt hat, -und wenn er es getan hätte, dann wäre das bestimmt immer sofort aufgefallen und auch nicht vergessen worden, weil er eben eine sowohl äußerst bekannte wie markante Person war-, dann zeigt das doch, dass er wirklich, wie er immer wieder sagte, solche Quälereien Wehrloser nur aus Gründen der politischen Verfolgung und dergleichen absolut ablehnte und sie auch zu verhindern suchte, soweit das in seinen Möglichkeiten stand, wie er ja an einer Reihe von Fällen beweisen konnte. Wenn nun einmal in einem einzigen Fall, wie das Urteil feststellt, und wobei man bedenken muss, dass gerade bezüglich einer solch flüchtigen Bemerkung die Erinnerung des Zeugen Amend über die lange Zeit besonders leicht falsch sein kann, der Ortsgruppenleiter einmal Mann sagt, er solle nur alles zugeben, sonst wisse er ja, was ihm passiere, so erscheint doch sehr fraglich, ob das schon ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, - bei einem Täter, der eben gerade nicht die Einstellung hat, politische Gegner als Freiwild zu behandeln, was sich ja eben schon daraus ergibt, dass nach den Feststellungen des Urteils dieser Fall der Bemerkung zu einem politischen Gegner das Einzige ist, was dem Angeklagten in dieser Beziehung zur Last gelegt werden konnte, denn der Fall Frauenhoff ist ja eben nicht als Vergehen gegen einen politischen Gegner festgestellt.

Die vom Urteil vorgenommene Beurteilung dieser Bemerkung des Angeklagten Thiele gegenüber Amend als Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat auch das Strafmaß offenbar ganz entschei-

dend beeinflusst, denn sonst könnten ja nicht für eine solche Bemerkung 8 Monate Gefängnis als Einsatzstrafe eingesetzt sein. Auch die Einsatzstrafe von 5 Monaten für das ergebnislose Werfen mit dem Aschenbecher und den Schlag mit der Hand in dem persönlichen Streit mit Frauenhoff, der durch dessen Beleidigung provoziert war, erscheint ~~ja~~ recht hoch und durch die oben behandelten Erwägungen, dass die Eigenschaft des Angeklagten Thiele als Ortsgruppenleiter strafverschärfend wirke und dass er sich die Terrormethoden des Nationalsozialismus zu eigen gemacht habe, in irrigerweise beeinflusst.


Rechtsanwalt.